

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16319
Donnerstag, 30. Juni 2022

Totschnig kündigt 9 Mio. Euro-Hilfe für Geschützten Obst- und Gemüsebau an	1
Moosbrugger begrüßt Hilfsmaßnahme für heimische Obst- und Gemüseversorgung	1
COPA-COGECA zu EU-Pflanzenschutzverordnung: Wenige Antworten für Praxis	2
Maiszünsler: Falterflug und Larvenschlupf haben begonnen	3
Wölfe beschäftigen Petitionsausschuss im Parlament und Tiroler Landtag	4
Vollversammlung LK Burgenland: Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sichern	5
Bio Austria veröffentlicht Futtergetreide-Richtpreise "von Bio-Bauer zu Bio-Bauer"	6
Milchprodukte-Handelsplattform GDT verbreitert Eigentümerstruktur	7
Auslaufen der Krähen-Verordnung für LK Steiermark eine Fehlentscheidung	7
KeyQUEST startet Meinungsplattform für Landwirte	8
Burgenland will als erstes Bundesland bis 2030 klimaneutral sein	9
Windisch: Energie-Hilfspaket für Gartenbau sichert Wiens Gemüseversorgung	11
Neumann-Hartberger begrüßt Stärkung der Lebensmittelversorgung mit 9 Mio. Euro	12
Bauernbund: Versorgung mit regionalem Obst und Gemüse bleibt aufrecht	13
Jungbauernkalender: Produktion zur 23. Auflage läuft auf Hochtouren	13

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Totschnig kündigt 9 Mio. Euro-Hilfe für Geschützten Obst- und Gemüsebau an

Weiterer Schritt zu Sicherung der Versorgung nach 110 Mio. Euro-Paket

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Der Obst-, Gemüse- und Gartenbau im Gewächshaus beziehungsweise im sogenannten Geschützten Anbau ist nicht zuletzt durch Russlands Krieg in der Ukraine von einem massiven Anstieg der Energie- und Produktionskosten betroffen. Nach dem 110 Mio. Euro-Versorgungssicherungspaket setzt Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** den nächsten Schritt, um die regionale Produktion und die Lebensmittelversorgungssicherheit zu stärken. "Die Lebensmittelversorgungssicherheit hat für mich oberste Priorität. Doch die gestiegenen Energie- und Produktionskosten bringen die Bäuerinnen und Bauern zunehmend unter Druck. Vor allem im Obst-, Gemüse- und Gartenbau sind unsere Betriebe mit hohen Kosten bei der Bewirtschaftung ihrer Glashäuser konfrontiert. Daher unterstützen wir diese speziellen Bereiche mit 9 Mio. Euro. So stellen wir sicher, dass für die Österreicherinnen und Österreicher auch in Zukunft regionales Obst und Gemüse verfügbar ist."

Die Abwicklung erklärt der Minister so: EU-Mitgliedstaaten erhalten eine Beihilfe zur Unterstützung für Erzeuger in bestimmten Sektoren. Für Österreich beläuft sich die Höhe der Beihilfe auf rund 9 Mio. Euro, die dem Sektor Obst-, Gemüse und Gartenbau im Geschützten Anbau zugeschrieben werden. Die nationale Umsetzung erfolgt im Rahmen einer Verordnung auf Grundlage des Marktordnungsgesetzes.

Aufgrund der Notwendigkeit einer raschen Abwicklung wird an die bestehende Agrarmarketingbeitragspflicht und das dort als beitragspflichtig gemeldete Ausmaß der Gewächshäuser für die Bewirtschaftung von Obst, Gemüse sowie Schnittblumen und Zierpflanzen abgestellt. Es erfolgt für Betriebe mit bestehender Agrarmarketingbeitragspflicht eine automatische Abwicklung.

Zusätzlich antragsberechtigt sind unter anderem Pilzproduktion, Microgreens und Algen, jeweils in Geschütztem Anbau, ab 200 m². Für die Bewirtschafter dieser Kulturarten ist eine eigene Antragstellung vorgesehen. Betriebe, die keine Agrarmarketingbeitragspflicht entrichten und eine Bodenfläche von mindestens 200 m² aktiv bewirtschaften, müssen einen Antrag stellen. Die Beantragung bei der AMA muss bis 15. Juli 2022 erfolgen. Die Auszahlung erfolgt voraussichtlich Ende September 2022. (Schluss)

Moosbrugger begrüßt Hilfsmaßnahme für heimische Obst- und Gemüseversorgung

Überbrückung der schwierigen Situation für Geschützten Anbau wichtig

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, **Josef Moosbrugger**, begrüßt die heute verkündete Unterstützungsmaßnahme für den Geschützten Anbau in hohem Maße, da viele bäuerliche Familienbetriebe durch die enormen Kostensteigerungen in eine überaus schwierige Lage geraten sind und für die Versorgungssicherheit mit heimischem Gemüse dringend gebraucht werden.

"Wie wichtig auch der Geschützte Anbau und somit Glashäuser für die Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse etc. sind, hat nicht zuletzt das Reaktorunglück von Tschernobyl bewiesen. Und gerade auch im Winter können die Österreicherinnen und Österreicher froh sein, frische Vitaminspender aus der Region bekommen zu können, die nicht nur höchsten Qualitätsanforderungen entsprechen, sondern auch bestens schmecken", betont Moosbrugger.

"Viele Gärtnerinnen und Gärtner klagen mir ihr Leid, dass ihre Betriebe durch die massiven Kostensteigerungen bei Energie in eine existenzbedrohliche Lage geraten sind. Daher haben wir uns mit Nachdruck für Abfederungsmaßnahmen eingesetzt, die diesen bäuerlichen Familienunternehmen helfen sollen, die schwierige Zeit zu überbrücken. Wir bedanken uns bei der Regierung, allen voran bei Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, für die heute verkündete, unbürokratische Hilfsmaßnahme. Die 9 Mio. Euro kommen nicht nur hart arbeitenden Bauernfamilien zugute, sondern der Versorgungssicherheit der gesamten Bevölkerung", unterstreicht der LKÖ-Präsident. (Schluss) - APA OTS 2022-06-30/11:28

COPA-COGECA zu EU-Pflanzenschutzverordnung: Wenige Antworten für Praxis

Verbot von Produkten ohne Alternativen ist kein wirkungsvoller Ansatz

Brüssel, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Angesichts der Tatsache, dass die EU-Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln einen politischen Meilenstein von "Farm to Fork" bildet, haben die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände COPA und COGECA einen ausgewogenen Ansatz erwartet, der nicht nur die bereits bekannten Ziele, sondern auch konkrete Lösungen und Alternativen zu deren Erreichung beinhaltet. Der Vorschlag der Europäischen Kommission gibt aber immer noch keine Antwort auf diese Fragen - in einem immer angespannteren internationalen Kontext, in welchem die globale Ernährungssicherheit zur Herausforderung wird.

Die verschiedenen Studien, die sich seit 2020 mit den Folgen der Umsetzung dieser Ziele in Kombination mit anderen Zielen des Green Deals für die Landwirtschaft befasst haben, kommen alle zu dem Schluss, dass sie das Risiko einer Verringerung und/oder Verlagerung eines Teils unserer Lebensmittelproduktion bergen. Der endgültige Vorschlag der Kommission geht über die Ankündigungen von 2020 hinaus und umfasst verbindliche Zielvorgaben auf EU-Ebene sowie nationale Zielvorgaben. Dieser hohe Anspruch steht im Widerspruch zu unzureichenden Informationen über mögliche Lösungen, technische Alternativen der Unterstützung der Landwirte. Dies wird in der betrieblichen Praxis für gesetzgeberische Unzulänglichkeiten sorgen.

Verbot von Produkten ohne Alternativen ist kein wirkungsvoller Ansatz

Die europäische Agrargemeinschaft unterstützt grundsätzlich das Gesamtziel der Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln. Voraussetzung dafür ist aber, dass verfügbare, sichere, wirksame und erschwingliche Instrumente bereitstehen, deren Entwicklung jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Der Fokus auf strengeren Vorschriften wird die grundlegenden Probleme des Pflanzenschutzes nicht lösen: Ein Verbot von verschiedenen Produkten ohne ausreichende und wirksame Alternativen ist kein wirkungsvoller Ansatz. Entscheidend sind angemessene Übergangsfristen, während derer Zulieferer neue alternative Produkte auf den Markt bringen können. Dabei gebührt kleineren Anbaukulturen besondere Aufmerksamkeit.

Vereinfachung der Zulassung schonender Mittel

Gegenwärtig wenden die EU-Landwirte integrierten Pflanzenschutz an und begrüßen die vorgeschlagene Harmonisierung des Rahmens ungeachtet des möglicherweisen Verwaltungsaufwands. Mangel an geeigneten Alternativen zu chemischen Pflanzenschutzmitteln zwingt die Landwirte jedoch, sich auf Notfallzulassungen zu verlassen, die trotz der Befürwortung der Kommission national nicht immer rechtzeitig erteilt werden. Der Zeithorizont 2030 ist nur noch acht Jahre entfernt, wohingegen es für manche der erwogenen risikoarmen Mittel (z. B. Biokontrolle) durchschnittlich zehn bis fünfzehn Jahre dauert, bis sie erhältlich sind. So ist es von allergrößter Bedeutung, die Zulassung schonender Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie sie von chemischen Verfahren zu unterscheiden.

Derzeitiges Ziel nicht realistisch und die EU-Landwirtschaft gefährdend

COPA und COGECA nehmen die Absicht der Kommission zur Kenntnis, Ziele für die Entwicklung alternativer, nicht-chemischer Pflanzenschutzmethoden bis 2030 in ihre nationalen Aktionspläne aufzunehmen. Dies könnte deren Verfügbarkeit rechtzeitig und zu erschwinglichen Preisen ermöglichen. Dennoch fehlt dem Verordnungsvorschlag der notwendige Rahmen, negative Nebeneffekte auszugleichen und die Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit des europäischen Agrarsektors zu gewährleisten. Das derzeitige Ziel ist nicht realistisch und könnte sich sehr nachteilig auf die Kontinuität der Landwirtschaft in der EU auswirken. Dies gilt umso mehr, da auf anderen Kontinenten nicht dieselben Regeln gelten.

Auch internationale Krisen unterstreichen Notwendigkeit von Studie über Folgen

Auch angesichts der sich häufenden internationalen Krisen bekräftigen COPA und COGECA die dringende Notwendigkeit einer ganzheitlichen Studie über die Folgen des Green Deals für die Landwirtschaft. Die Auswirkungen dieser Gesetzgebungen werden gleichzeitig und kumulativ zu spüren sein. In Anbetracht der aktuellen geopolitischen Lage ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unsere Erträge stabil halten und eine ausreichende Menge qualitativ hochwertiger Produkte erzeugen, um zur weltweiten Ernährungssicherheit beizutragen. COPA und COGECA werden daher die Ausarbeitung der von der Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, angekündigten "Analyse der Faktoren für Ernährungssicherheit" aufmerksam verfolgen. (Schluss)

Maiszünsler: Falterflug und Larvenschlupf haben begonnen

Kontrolle der Felder empfohlen - Monitoring auf warndienst.at

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Auch dieses Jahr führen die Landwirtschaftskammern in Kooperation mit der AGES das Maiszünsler-Monitoring an mehreren Standorten in den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich durch. Mittels Lebendfallen werden das Auftreten des Falters sowie seine Entwicklung an Mais täglich beobachtet und die Ergebnisse der Falterfänge zeitnah online auf der Monitoringkarte grafisch übersichtlich dargestellt.

"Flughöhepunkt und Larvenschlupf wurden an einigen Standorten bereits festgestellt. Befallskontrollen vor Ort sind daher notwendig und wichtig, um rechtzeitig Maßnahmen zu unternehmen", so die Pflanzenschutzexpertin der LK Österreich, **Vitore Shala-Mayrhofer**.

Die Monitoringkarte ist auf warndienst.lko.at ab sofort abrufbar, ohne Anmeldung und kostenlos. Sie bietet die beste Möglichkeit, rechtzeitig Pflanzenschutzmaßnahmen gegen diesen Schädling zu setzen.

Link zum Monitoring: <https://warndienst.lko.at/maiszuensler+2500++1073814+6629#table-description>.
(Schluss)

Wölfe beschäftigen Petitionsausschuss im Parlament und Tiroler Landtag

Experte: Herdenschutz gescheitert - Hechenberger hofft auf gemeinsame Lösung in Landtag

Wien/Innsbruck, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Die Wolfsproblematik beschäftigt den Petitionsausschuss des Parlaments in Wien und den Tiroler Landtag. Ein Expertenhearing im Parlamentsausschuss erörterte heute, Donnerstag, auf Initiative des Abgeordneten **Nikolaus Prinz** die Forderung nach einem erfolgreichen Wolfsmanagement, wie sie in zahlreichen Petitionen zum Ausdruck kommt. Das Thema Großraubtiere und die damit verbundenen Probleme und möglichen Lösungsansätze werden nächste Woche in der Tiroler Landtagssitzung diskutiert.

Für Wolfsexperte **Gregor Grill** von der Landwirtschaftskammer Salzburg ist das Thema ein gesellschaftliches, so Grill im Ausschuss. "Und als dieses müssen wir das auch endlich anerkennen." Auf jeden Fall sieht Grill den von manchen propagierten Herdenschutz als gescheitert an. "Herdenschutz vermindert oder verhindert keinen Wolfsangriff auf Schafe oder andere Tiere. Herdenschutz ist keine flächendeckende Lösung."

Für Prinz ist klar: "Der Schutz der Menschen vor dem Wolf hat Vorrang, ebenso die wirtschaftliche Existenz von bäuerlichen Betrieben und das Anliegen von Gästen und Einheimischen, die Wanderwege auf den Almen oder durch den Wald ohne Angst genießen zu können." Für Prinz ist die Ausbreitung des Wolfs in Österreich "nicht ausschließlich ein Problem, mit dem sich die bäuerliche Weide- und Almwirtschaft zu beschäftigen hat. Es betrifft uns alle, wenn es eben diese Wirtschaftsform nicht mehr gibt".

Hechenberger: Begrüße alles, was uns in Wolfsfrage weiterbringt

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Tirol, **Josef Hechenberger**, sagte zur nächstwöchigen Landtagsdebatte, er begrüße alles, was uns in der Wolfsfrage weiterbringt. Er sieht das Engagement positiv, fordert allerdings eine konsequente Kurshaltung ein. Das Thema Großraubtiere beschäftigt die Tiroler Landwirtschaft seit einigen Jahren massiv.

Seit Beginn der Weidesaison gibt es in ganz Tirol wöchentlich Risse durch Wölfe und Bären. Auch Wildtiere wurden, teils in unmittelbarer Siedlungsnähe, durch Raubtiere getötet. Diese Rissgeschehen haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, wodurch sich in der Praxis

die große Vermehrungsrate von Wölfen bestätigt. Hechenberger begrüßt daher, dass einem von der Opposition geplanten Dringlichkeitsantrag auch ÖVP und Grüne zustimmen werden: "Wolf und Bär sind kein Thema der Landwirtschaft, sondern des gesamten ländlichen Raumes. Dementsprechend wichtig ist es, dass diese Problematik nun in allen Parteien angekommen ist und eine gemeinsame Lösung angestrebt wird. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen Perspektiven und klare Handlungsspielräume."

Seit 2018 ist laut Weltnaturschutzunion IUCN, welche die „Roten Listen“ gefährdeter Arten erstellt, der Wolf als "nicht gefährdet" eingestuft. Dementsprechend müssen, um die rasante Vermehrung einzudämmen, gezielte Abschüsse in sensiblen Zonen ermöglicht werden. Auch andere EU-Länder nützen ihren Handlungsspielraum aus, um die lokale Landwirtschaft abzusichern. "Ich erwarte mir, dass dieses Bekenntnis der Landespolitik nicht nur neue Gutachten und Expertisen, sondern echte Lösungen mit sich bringt. Die Einigung ist jedenfalls begrüßenswert. Ich hoffe, dass dieser Kurs auch nach dem 25. September von allen gehalten wird.", so Hechenberger. (Schluss)

Vollversammlung LK Burgenland: Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sichern

Auch heimische Energie und Rohstoffe nutzen - Green Deal der EU neu bewerten

Eisenstadt, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Am 29. Juni fand die Vollversammlung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer (LK) statt. Kernthemen waren die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die heimische Landwirtschaft, die Versorgungssicherheit mit regionalen Lebensmitteln und der EU-Green-Deal. Weiters wurden der Tätigkeitsbericht 2021 und der Rechnungsabschluss von der Vollversammlung einstimmig angenommen.

Corona und der anhaltende Krieg in der Ukraine zeigen, dass die Versorgung mit Lebensmitteln und Energie nicht selbstverständlich ist. Gleichzeitig sind die Bauern mit steigenden Kosten für Treibstoff, Energie, Betriebs- und Futtermittel konfrontiert. "Trotz dieser Herausforderungen werden unsere Bauern auch heuer die Menschen mit ausreichend regionalen Lebensmitteln versorgen können. Es ist wichtig, die heimische Produktion abzusichern. Durch das Versorgungssicherheitspaket des Bundes bleiben unsere bäuerlichen Familienbetriebe wettbewerbsfähig. Dadurch können sie auch weiterhin ausreichend Lebensmittel für unser Land erzeugen", so Präsident **Nikolaus Berlakovich**.

Heimische Rohstoff- und Energieressourcen nutzen

Neben der Selbstversorgung mit Lebensmitteln sind die Bauern auch verlässliche Erzeuger von erneuerbarer Energie. "Die hohen Energie- und Treibstoffpreise belasten die Menschen. Nachwachsende Rohstoffe wie Holz, Biogas und andere erneuerbare Energien können hier in Zukunft Teil der Lösung sein. Holz trägt als Biomasse zur Versorgungssicherheit mit Energie bei und unterstützt den Ausstieg aus fossilen Rohstoffen. Wir müssen unsere heimischen Ressourcen bestmöglich nutzen. Sie sind eine Chance, um unsere Importabhängigkeit von ausländischem Erdgas und Erdöl effektiv zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen", so Berlakovich.

Green Deal der EU neu bewerten

Versorgungssicherheit ohne vernünftige Werkzeuge kann nicht funktionieren. "Durch den Ukraine-Krieg ist die Lebensmittelversorgung in Nordafrika unsicher. Wir müssen weiterhin produzieren können, um auch in Krisenzeiten genügend Nahrungsmittel für die Bevölkerung bereitstellen zu können. Daher müssen die Ziele des Green Deals neu bewertet werden. Die Bauern wollen für die Menschen auch in Zukunft regionale Lebensmittel produzieren. Das können sie nur dann machen, wenn sie die nötigen Mittel zur Verfügung haben", betonte der Präsident.

Rechnungsabschluss und Tätigkeitsbericht

Der Rechnungsabschluss wurde ohne Berücksichtigung von Sondereinnahmen mit 60.000 Euro - besser als geplant - beschlossen. Die Sondereinnahmen mussten zur Abdeckung der Abgänge der vergangenen Jahre verwendet werden. Der Tätigkeitsbericht 2021 wurde einstimmig beschlossen. Er ist online unter www.lk-bgld.at abrufbar. (Schluss)

Bio Austria veröffentlicht Futtergetreide-Richtpreise "von Bio-Bauer zu Bio-Bauer"

Preissteigerungen und schwierige Agrarmärkte bestimmen Richtpreisentwicklung

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Bio Austria führte die alljährliche Erhebung eines angemessenen Preisbandes für den Handel von Futtergetreide von Verbandsmitgliedsbetrieb zu Verbandsmitgliedsbetrieb als rechtlich unverbindliche Orientierungshilfe zur Einschätzung des Marktes durch. Bio Austria erwartet, dass die derzeit leeren Bio-Getreidelager mit einer durchschnittlichen Ernte gefüllt werden können. Die aus den aktuellen Richtpreisen ersichtliche Preisentwicklung ist unter anderem den allgemeinen Kostensteigerungen und der aktuellen Situation auf den Agrarmärkten geschuldet.

Als rechtlich unverbindliche und im Handel "von Bio-Bauer zu Bio-Bauer" angemessene Richtpreise wurden veröffentlicht: Bio-Futtergerste: 395 Euro, Bio-Futterweizen: 410 Euro, Bio-Futtertriticale: 385 Euro, Bio-Futterroggen: 330 Euro, Bio-Futterhafer: 350 Euro, Bio-Futtererbse: 570 Euro, Bio-Platterbse: 570 Euro, Bio-Ackerbohne: 590 Euro, Bio-Lupine: 650 Euro. Die Preise verstehen sich in Euro/t netto für Lots von 25 t ab Hof ohne Transportkosten im Handel von Bauer zu Bauer. Die Ware entspricht dem Bio Austria-Standard, ohne Aspiration, feldfallend mit 2% Besatz und 14% Feuchtigkeit - alles darüber wird in Abzug gebracht.

"Bei den heurigen Gesprächen und in den daraus resultierenden Richtpreisen im Bereich Futtermittel hat die insgesamt schwierige Situation am Markt Niederschlag gefunden. Die weitere Entwicklung der dafür ursächlichen Rahmenbedingungen ist zum aktuellen Zeitpunkt sehr schwer zu prognostizieren. Wir sehen den kommenden Monaten allerdings zuversichtlich entgegen", betonte Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann**.

Bio Austria weist darauf hin, dass Bio-Bäuerinnen und Bio-Bauern, die nicht nach den Verbandsrichtlinien produzieren, aufgrund der weniger strengen Auflagen, wie etwa beim Zukauf von Stickstoffdünger, einen Kostenvorteil von rund 30 Euro/t haben. Diese Tatsache soll in Bezug auf die Richtpreise berücksichtigt werden. Eine weitere Differenzierung besteht naturgemäß bei Ware von

Umstellungsbetrieben. Abschließend verweist Bio Austria darauf, dass verkaufende Bio-Betriebe, sollten sie keinem Bio-Verband angehören, vor dem Handel mit der Ware die Zulassung derselben bei Bio Austria zu beantragen haben. (Schluss)

Milchprodukte-Handelsplattform GDT verbreitert Eigentümerstruktur

Beteiligung von NZX und EEX zu je einem Drittel soll Plattform stärken

Auckland, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Der neuseeländische Molkereiriese Fonterra, die neuseeländische Börse NZX und die europäische Energiebörse Leipzig EEX bestätigten die Finalisierung der neuen Eigentümerstruktur der Milchprodukte-Handelsplattform GlobalDairyTrade (GDT) zu je einem Drittel mit Wirkung vom 30. Juni 2022. Die bei den vierzehntägig stattfindenden GDT-Online-Auktionen für einen Korb von Milchprodukten erzielten Preise gelten als Benchmark für den Weltmarkt. An der EEX in Leipzig werden unter anderem Agrar derivative, wie Futures auf Butter und Magermilchpulver, gehandelt. Diese können allerdings nur gegen Barausgleich erfüllt werden und weisen bisher eine geringe Liquidität auf. Die Verbreiterung der Eigentümerstruktur von GDT stelle den nächsten Entwicklungsschritt der Plattform dar, solle die Präsenz in wichtigen milchproduzierenden Regionen sowie die Teilnahme an den Auktionen stärken.

Im Gegenzug solle die Belebung der Auktionstätigkeit mit physischer Ware auf GlobalDairyTrade auch die Nachfrage nach Derivaten an den Terminbörsen zur Absicherung der Kassamarktpreise beleben. Letztlich will man damit die Position von GDT als unabhängige, neutrale und transparente Plattform für Preisinformation festigen. Der Transaktionserlös von Fonterra aus dem Verkauf der Anteile an NZX und EEX beläuft sich auf 35 Mio. NZD (20,86 Mio. Euro). (Schluss) pos

Auslaufen der Krähen-Verordnung für LK Steiermark eine Fehlentscheidung

Massiver Rückschritt für Artenvielfalt und Versorgungssicherheit

Graz, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Ab 1. Juli ist die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung über die Ausnahme vom Verbot des Bejagens von Nebel- und Rabenkrähen außer Kraft. In Zukunft sollen Entnahmen nur durch langwierige, nicht aussichtsreiche Einzelgenehmigungsverfahren möglich sein. Dies gefährdet sowohl die Weidetiere, landwirtschaftliche Kulturen wie auch das ökologische Gleichgewicht der Beutetiere der Nebel- und Rabenkrähen, kritisiert die Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark eine "Fehlentscheidung" und fordert, die bestehende Verordnung um weitere drei Jahre in der bisherigen Form zu verlängern.

"Erreichen Krähen einen unnatürlich hohen Bestand, wie es in vielen Regionen der Steiermark der Fall ist, gefährden sie neben der Landwirtschaft Eier und Jungvögel anderer Arten beziehungsweise Jungwild von Kleinsäugetern. Es besteht daher auch aus ökologischen Überlegungen das Erfordernis, in die Rabenvögel-Populationen durch Bejagung regulierend einzugreifen, da natürliche Feinde dies bei dieser Populationsdichte nicht vermögen", so die Biologin und Wildtierexpertin der LK,

Marlene Moser-Karrer. Aufgrund einer von der Landesregierung beauftragten Erhebung des Erhaltungszustandes der Population von Nebel- und Rabenkrähen, welche einen angeblichen schlechten Erhaltungszustand feststellt, soll es zu keiner Verlängerung der Entnahmeverordnung kommen. Die LK kann diese Untersuchung nicht nachvollziehen. Moser-Karrer: "Da es in der Praxis fortlaufend zu erheblichen Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen durch diese Rabenvögel kommt sowie in Regionen hoher Bestandsdichten ein schlechter Erhaltungszustand der Beutetiere der Krähenvögel, wie Singvögel, feststellbar ist, erscheint die Notwendigkeit der Entnahme sicherlich gegeben."

Insbesondere nicht-brütende Krähen seien in "Junggesellentrupps" unterwegs und richteten gerade im Frühjahr und Frühsommer sowohl in der Landwirtschaft als auch in den Beutetierbeständen verheerende Schäden an. Diesem Umstand trägt die bisherige Krähen-Verordnung mit der Entnahmemöglichkeit solcher Tiere Rechnung. Besonders betroffen ist die für die Steiermark äußerst wichtige Produktion von qualitativ hochwertigem Saatgut für die wichtigsten Kulturarten, wie beispielsweise Sojabohne, Ölkürbis und Mais.

Durch die Nicht-Verlängerung der Krähenverordnung ist in Zukunft mit erheblichen Schäden im Bereich der Pflanzenzüchtung, bei Weidetieren und gelagertem Futter zu rechnen, welche schlussendlich die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln nachhaltig gefährden. Es ergeht der dringende Appell an die Politik, entsprechende Alternativen anzubieten. Zudem sind Regelungen für den Ersatz von Schäden zu finden. (Schluss)

KeyQUEST startet Meinungsplattform für Landwirte

Unter landwirte.keyquest.at können Bauern Österreichs Agrarzukunft mitgestalten

Garsten, 30. Juni 2022 (aiz.info). – Die KeyQUEST-Marktforschung ist Spezialist für Landwirte-Befragungen und erweitert sein Angebot um eine Online-Plattform für Landwirte-Befragungen. Betriebsführer und Hofübernehmer, denen die Zukunft der heimischen Landwirtschaft wichtig ist, sind eingeladen, sich auf landwirte.keyquest.at zu registrieren und regelmäßig an Online-Umfragen zu aktuellen land- und forstwirtschaftlichen Themen teilzunehmen. Mit ihrer Teilnahme können die Landwirte Österreichs Agrarzukunft mitgestalten - denn ihre Meinung ist gefragt und gelangt schlussendlich in anonymisierter Form zu den Entscheidungsträgern in der Agrarwirtschaft und der Agrarpolitik. Ein weiterer Vorteil: Als registrierter Teilnehmer sammelt man Bonuspunkte, die gegen Gutscheine namhafter Agrarversender und auch des LFI eingetauscht werden können.

Für die Kunden von KeyQUEST-Marktforschung aus dem Agrarbereich bedeutet das, im Endausbau auf ein schlagkräftiges, schnelles und flexibles Marktforschungsinstrument zurückgreifen zu können. Im Unterschied zu den klassischen Telefonbefragungen können bei Online-Umfragen beispielsweise Bilder, Videos oder Webseiten eingebaut werden. Damit eröffnen sich zusätzliche Möglichkeiten, auch wenn die Repräsentativität nicht an die österreichweiten Telefonbefragungen bei Landwirten herankommen wird.

KeyQUEST-Geschäftsführer und Nebenerwerbslandwirt **Johannes Mayr** ist überzeugt: "Mit unseren Online-Landwirte-Befragungen schaffen wir eine klassische Win-win-Situation für die teilnehmenden Landwirtinnen und Landwirte sowie für unsere Kunden, denn Letztere erhalten ein topaktuelles

Meinungsbild aus der Landwirtschaft, und die Bauern können sich Denkanstöße für den eigenen Betrieb holen sowie mit spannenden landwirtschaftlichen Themen am Ball bleiben."

Nähere Informationen unter <https://landwirte.keyquest.at>. (Schluss)

Burgenland will als erstes Bundesland bis 2030 klimaneutral sein

Von 50 auf 100% Erneuerbare in acht Jahren

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Im Rahmen seines Energiewende-Checks nimmt der Österreichische Biomasse-Verband die Fortschritte der Bundesländer bei der Energiewende ins Visier. Obwohl Erdöl derzeit noch mehr als 40% des Energieverbrauchs deckt, möchte das Burgenland im Jahr 2030 und damit bereits zehn Jahre vor dem Bund klimaneutral werden. Dafür forciert das Land mithilfe eines Erneuerbaren-Beschleunigungsgesetzes den massiven Ausbau der Photovoltaik, die bislang erst 0,75% des Energiebedarfs deckt. Den derzeitigen Anteil von etwa 52% erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch verdankt das Burgenland vor allem der Bioenergie (26%) und der Windkraft (23%). Große Hoffnungen setzt man nun in einen Großstromspeicher, der die Überschüsse aus Windstrom nutzbar machen soll.

Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor um 88% gestiegen

Derzeit zeigt der Trend noch nicht Richtung klimaneutral, denn die Treibhausgasemissionen des Burgenlandes sind von 1990 bis 2019 um 17% auf rund 1,9 Mio. t CO₂ gestiegen. Dies liegt hauptsächlich am Verkehrssektor, der mehr als die Hälfte dieser Emissionen verursacht. Zunehmender Straßenverkehr und Tanktourismus haben dazu geführt, dass die Emissionen in der Mobilität seit 1990 um 88% gestiegen sind, das ist der höchste Zuwachs unter allen Bundesländern. Aufgrund langer Straßenverkehrswege hat der Verkehrssektor im Burgenland einen vergleichsweise hohen Anteil (37%) am Endenergieverbrauch. Pro 100 Einwohner gibt es im Burgenland 37 Diesel-Pkw (Ö: 29), auf die 68% des Treibstoffverbrauchs entfallen. Damit fahren die Burgenländer im Bundesvergleich pro Kopf auch die meisten Kilometer (15.850 km/Ö: 14.092 km) und verbrauchen mit je 1.000 l Diesel den meisten Treibstoff im Jahr. Nur 0,05% des Energieverbrauchs privater Pkw gehen auf das Konto von Elektrofahrzeugen und 0,5% auf Benzin-Elektro-Hybride. Laut E-Mobilitätsstrategie 2022 will das Burgenland bis 2030 das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Elektroautos (25% am Pkw-Bestand) werden und durch den Umstieg auf E-Mobilität jährlich über 100.000 t CO₂ einsparen.

Anteil erneuerbarer Energien stagniert seit fünf Jahren

Der Anteil erneuerbarer Energien pendelte in den letzten fünf Jahren zwischen 48 und 50%, der Rekordwert von 2020 (52,5%) wäre ohne den reduzierten Erdölverbrauch aufgrund der Corona-Pandemie nicht erzielt worden. Bioenergie, der wichtigste erneuerbare Energieträger im Burgenland, verzeichnet seit 2015 einen stetigen Rückgang; bei der Windkraft ging die installierte Leistung 2020 erstmals zurück, da mehr Anlagen ab- als zugebaut wurden. Beides ist auf unzureichende Ökostromförderungen zurückzuführen.

Keine Unterstützung vom Burgenland für Holzkraftwerke

Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern hat das Burgenland kein Landesgesetz als Ausführung des Biomasse-Grundsatzgesetzes zur Förderung seiner Holzkraftanlagen beschlossen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Stromproduktion der Holzkraftwerke in diesem Bundesland seit 2019 um 36% gesunken. Nachdem zehn Biomasse-KWK-Anlagen mit einer elektrischen Leistung von 31,4 MW im Jahr 2020 etwa 160 GWh Strom und 200 GWh Fernwärme produzierten, sind nach dem Abstellen der Holzkraftwerke der Bioenergie Burgenland nur noch wenige Anlagen in Betrieb. In der international bekannten "Biomasse-Musterstadt" Güssing läuft von vormals drei mittlerweile nur mehr eine Holzkraftanlage.

Holzkraftwerke stellen 56% der Fernwärme bereit

Fernwärme wird im Burgenland zu 97% aus Biomasse erzeugt, den Rest steuern Erdgas, Solarwärme und Erdöl bei. Neben den Holzkraftwerken, die bislang 56% der Fernwärme bereitstellen, erzeugen an die 90 Heizwerke 41% der Fernwärme. Allerdings deckt Fernwärme nur 6,6% des gesamten Wärmeverbrauchs.

Raumwärme: Holz anstatt Heizöl

Abgesehen von Nebenprodukten aus Forstwirtschaft und Sägeindustrie, wie zum Beispiel Hackgut und Rinde (41%), ist Scheitholz mit 40% das wichtigste biogene Energiesortiment im Burgenland. Heizen mit Brennholz hat hier lange Tradition. Etwa 39.000 Haushalte (31%) verwenden Holzbrennstoffe, wie Scheitholz, Pellets oder Hackgut, als Hauptheizsystem. Das sind etwa 8.000 Haushalte mehr als vor 15 Jahren. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Ölheizungen von 27.000 auf 14.300 Haushalte fast halbiert. Der Beitrag von Holzenergie am Raumwärmeverbrauch liegt bei 46,5% - der vierthöchste Wert in Österreich. Etwa ein Viertel aller burgenländischen Haushalte heizt mit Erdgas, dieser Anteil blieb in den vergangenen Jahren recht konstant. Große Zuwächse gibt es vor allem bei Wärmepumpen, die bereits bei 17% der Haushalte im Einsatz sind. Der Endenergieeinsatz je Haushalt für Raumwärme, Warmwasser und Kochen ist im Burgenland mit 22.000 kWh der höchste in Österreich und etwa doppelt so hoch wie in Wien, was auch auf die dezentrale Besiedlungsstruktur zurückzuführen ist.

Ohne Bioenergie und Windkraft nur 4% Erneuerbare

Ohne Bioenergie und Windkraft läge der Anteil Erneuerbarer im Burgenland gerade einmal bei 4%. Zumindest bei der Windkraft kam es 2021 im Zuge eines Abbaus der Warteschlange im Ökostromregime zu einem Zubau von 121 MW installierter Leistung. Photovoltaik und Wärmepumpen verzeichnen zwar Zuwächse, aber erst auf niedrigem Niveau. Seit 2013 erreicht das Burgenland einen Anteil von 100% Ökostrom, Strom deckt aber nur 17% des Endenergiebedarfs des Bundeslandes.

Klima- & Energiestrategie Burgenland 2050

Laut Klima- & Energiestrategie will das Burgenland vor allem durch den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik mehr Ökostrom produzieren. Insbesondere durch Repowering bestehender Anlagen soll die Stromerzeugung aus Windkraft bis 2024 auf 12,6 PJ (2020: 8,2 PJ) erhöht werden. Zum Ausbau der Photovoltaik sollen Großprojekte wie ein 150 ha Sonnenkraftwerk mit 165 MW in Nickelsdorf beitragen. 31 Mio. Euro sieht das Land für den Fernwärmeausbau aus Biomasse vor. Ein sozial verträglich gestalteter Ausstieg aus Öl in Bestandsgebäuden soll dafür sorgen, dass bis 2030 keine Ölheizungen mehr in Betrieb sind. (Schluss)

Windisch: Energie-Hilfspaket für Gartenbau sichert Wiens Gemüseversorgung

Zusätzliche Unterstützung für Gemüse- und Gartenbaubetriebe mit Glashäusern

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - "In diesen Tagen müssen unsere Gärtnerinnen und Gärtner die Entscheidung fällen, ob sie auch in diesem Winter die Wiener Bevölkerung mit ihren frischen Gemüsespezialitäten aus ihren Glashäusern so wie bisher ausreichend versorgen können. Denn die Kosten für die Produktion in der kalten Jahreszeit sind seit dem Ukraine-Krieg und der EU-weiten Inflation förmlich explodiert. Von den Kostensteigerungen betroffen sind sowohl die Wärmeerzeugung als auch die Betriebsmittel. Nun können die Gartenbaubetriebe aufatmen: Zusätzlich zum Versorgungssicherungspaket in der Höhe von 110 Mio. Euro, welches die Bundesregierung als Mittel gegen die Teuerungen für die Landwirtschaft geschnürt hat, gibt es zusätzlich 9 Mio. Euro für Gemüse- und Gartenbaubetriebe mit Glashäusern. Als Landwirtschaftskammer haben wir auf die besonders prekäre Situation unserer Betriebe im Geschützten Anbau aufmerksam gemacht und sind gehört worden. Wir begrüßen diese Entscheidung, sichert sie doch auch in diesem Winter die Gemüseproduktion für die Wiener", richtet Landwirtschaftskammer (LK) Wien-Präsident **Franz Windisch** seinen Dank an die Bundesregierung.

Das Paket für den Geschützten Anbau

Es handelt sich dabei um eine Beihilfe der Europäischen Union und kommt österreichweit rund 750 Erzeugern zugute. Die Auszahlung erfolgt bis zum 30. September 2022.

Im Detail sieht das 9 Mio. Euro-Hilfspaket mit der Bezeichnung "Außergewöhnliche Anpassungsbeihilfe" folgendermaßen aus: Antragsberechtigt sind die Kulturarten Obst, Gemüse, Schnittblumen und Zierpflanzen. Für diese Betriebe mit bestehender Agrarmarketingbeitragspflicht und der Erfüllung des Erfordernisses des integrierten Pflanzenschutzes erfolgt die Antragstellung automatisch auf Grundlage des bei der AMA gemeldeten Ausmaßes der Gewächshäuser.

Der Berechnung der Höhe wird ein degressives Modell zugrunde gelegt: Beträgt die Fläche eines Betriebes mehr als 5 ha, werden für die Berechnung der individuellen Beihilfe die ersten 5 ha des Betriebes zur Gänze sowie die Fläche darüber hinaus zu 75% herangezogen. Zusätzlich erhalten die Unterstützung auch Betriebe für Jungpflanzenproduktion, Pilzproduktion, Erzeugung von Microgreens und Algen, jeweils in geschütztem Anbau ab 200 m² Größe. Für die Bewirtschafter dieser Kulturarten ist eine eigene Antragstellung vorgesehen. Der Antrag muss bis 15. Juli 2022 bei der AMA eingelangt sein.

Hilfe unbürokratisch und rasch

"Uns ist wichtig, dass die Gartenbaubetriebe möglichst keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand betreiben müssen, um rasch an die Hilfsmaßnahmen zu kommen", so Windisch. Dies ist mit dem neuen Paket gewährleistet, denn den Versorgungssicherheitsbeitrag ermittelt die AMA automatisch auf Basis der AMA-Marketingbeitragserklärungen der beitragspflichtigen Gartenbaubetriebe. Es wird auch keine zusätzlichen Kontrollen neben den ohnehin bestehenden AMA-Kontrollen dazu geben. Die Auszahlung an die Betriebe wird bis Ende September erfolgen.

Versorgungssicherheit durch Solidarität

"Die Versorgungssicherheit wird jedoch nicht nur durch das Hilfspaket der Bundesregierung gewährleistet, auch die Stadt Wien mit Fernwärme und Wien Energie kann Solidarität beweisen und mit entsprechend gedämpften Kosten für Energie positiv auf die Entwicklung unserer Gartenbaubetriebe einwirken. Zusätzliche Sicherheit können auch die Konsumenten mit ihrer täglichen Kaufentscheidung schaffen. Wer bewusst zu regionalen Produkten der Stadtlandwirtschaft greift, garantiert auf lange Sicht die eigene Versorgungssicherheit. Aus einer solidarischen Handlung wird so eine klassische Win-win-Situation", so Windisch abschließend. (Schluss) - APA OTS 2022-06-30/12:45

Neumann-Hartberger begrüßt Stärkung der Lebensmittelversorgung mit 9 Mio. Euro

Möglichst rasche Abwicklung - "Wer rasch hilft, der hilft doppelt"

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Nationalratsabgeordnete und Bundesbäuerin **Irene Neumann-Hartberger** begrüße ebenfalls, dass das Landwirtschaftsressort unter Minister Totschnig nach dem 110 Mio. Euro-Versorgungssicherheitspaket mit zusätzlich 9 Mio. Euro einen weiteren Schritt für die heimische Obst- und Gemüseversorgung aus Geschütztem Anbau setzt. Diese Bereiche seien aufgrund des starken Preisanstiegs bei Energie- und Produktionskosten stark von den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine betroffen.

Es wird eine möglichst rasche Abwicklung gewährleistet. "Denn wer rasch hilft, der hilft doppelt", so Neumann-Hartberger. "Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig und sein Ressort stehen für eine Versorgung der Bevölkerung mit hochqualitativen Lebensmitteln regionaler Herkunft und für die Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern", sagt die Mandatarin und Landwirtin abschließend. (Schluss)

Bauernbund: Versorgung mit regionalem Obst und Gemüse bleibt aufrecht

Strasser: 9 Mio. Euro für Anbau unter Glas sind notwendig, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig hat heute Unterstützungsmaßnahmen für den Geschützten Anbau im Obst-, Gemüse- und Gartenbau zugesichert. "Damit bleibt die ganzjährige Versorgung mit frischem regionalem Obst und Gemüse aufrecht und die Betriebe haben Planungssicherheit", betont Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**. "Jeder hat ein Recht auf regionales Obst und Gemüse, doch unsere Bauernfamilien dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Die explodierenden Energiepreise machen ihnen aktuell schwer zu schaffen und wirken sich gerade bei der Bewirtschaftung von Glashäusern, die von Strom und Gas abhängig sind, massiv aus. Umsatzeinbußen betreffen die gesamte Branche. Umso wichtiger ist es, dieser Entwicklung zielgerichtet entgegenzuwirken und schnelle und effektive Maßnahmen dort zu setzen, wo sie gebraucht werden", sagt Strasser.

Die 9 Mio. Euro, die dafür vorgesehen sind, stammen aus dem Topf der "Außergewöhnlichen Anpassungshilfe" der EU. Antragsberechtigt sind etwa Obst, Gemüse, Schnittblumen und Zierpflanzen, Pilzproduktion und Microgreens, die in Glashäusern angebaut werden. Die Auszahlung erfolgt automatisch auf Grundlage der bestehenden Agrarmarketingbeitragspflicht bis zum 30. September 2022. Betriebe, die keinen Agrarmarketingbeitrag entrichten, können bis 15. Juli einen Antrag bei der AMA stellen. "Uns ist es wichtig, dass schnell und unbürokratisch geholfen wird. Nur so bleibt die Versorgungssicherheit aufrecht und bleiben stabile Produktionsbedingungen für unsere Gemüse- und Gartenbaubetriebe gewährleistet", so Strasser. (Schluss)

Jungbauernkalender: Produktion zur 23. Auflage läuft auf Hochtouren

Jetzt über die Titelbilder abstimmen und sich vorab ein Exemplar des Kultkalenders sichern

Wien, 30. Juni 2022 (aiz.info). - Exakt 25 fesche Jungbäuerinnen und Jungbauern aus österreichischen Bundesländern und Deutschland werden in der 23. Auflage des legendären Jungbauernkalenders vertreten sein. Präsentiert wird das neue Druckwerk im Oktober, die Fotos sind aber bereits "im Kasten". Dabei stehen die Vielfalt und die tägliche Arbeit der heimischen Landwirtschaft im Vordergrund.

Vom Projektpartner Hotel Grüne Au in Pöllau, wo alle Models vier Tage lang untergebracht waren, um sich gegenseitig kennenzulernen, ging es zu verschiedenen Shooting-Destinationen auf den heimischen Bauernhöfen. "Die steirischen Betriebe zeichnen sich einerseits durch eine große Bandbreite an Betriebszweigen aus, andererseits wird unter den unterschiedlichsten Bedingungen gewirtschaftet, sei es im Flachland oder im Berggebiet. Diese Vielseitigkeit wollen wir mit dem Kalender eindrucksvoll veranschaulichen", führt Herausgeber **Franz Tonner** aus. Und auch **Philipp Knefz**, Projektleiter des Jungbauernkalenders, freut sich bereits jetzt auf das Ergebnis: "Es wird darauf Rücksicht genommen, die Landwirtschaft in ein realistisches Bild zu rücken. Da kann der Kalender nur ein Erfolg werden."

Den Abschluss der sehr herausfordernden Shooting-Woche mit über 15 beteiligten Höfen machte das Cover-Fotoshooting in Niederösterreich mit allen 25 Models. Auf Social Media kann über diese Einzelfotos abgestimmt werden - jene mit den meisten Likes zieren auf der Damen- und Männer-Ausgabe 2023 das Titelbild.

Die beiden Fotografen, Michael Wittig für den Damenkalender und Michaela Lorber für den Herrenkalender, haben die Models perfekt in Szene gesetzt. Um mit Sicherheit einen der stets ausverkauften Kalender zu ergattern, kann man diesen bereits jetzt unter www.jungbauernkalender.at bis zur Präsentation um 29,99 Euro kaufen. (Schluss)